

Die USA, die europäische Einigung und die Politik Helmut Kohls

Von Klaus Larres

Die Grundtendenzen der amerikanischen Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit sind von der Forschung recht gut bearbeitet worden. Insbesondere die Forcierung der deutschen Westintegration durch die USA in den fünfziger Jahren und die vorzügliche Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles und Konrad Adenauer sind bestens erforscht.¹ Auch die alles in allem recht gute Zusammenarbeit zwischen Helmut Kohl und Präsident George Herbert Walker Bush ist in den wesentlichen Zügen bekannt. Schließlich wurde nicht zuletzt die deutsche Vereinigung dadurch ermöglicht.² Mit wesentlichen neueren Erkenntnissen ist wohl nicht vor Öffnung der Archive zu rechnen. In dem vorliegenden Beitrag geht es vor allem darum, die Politik der USA gegenüber der europäischen Integration und der Einheit Europas in den 1980er Jahren zu untersuchen. Die Herstellung der europäischen Einigung war immerhin neben der Schaffung der deutschen Einheit das zweitwichtigste außenpolitische Ziel Helmut Kohls. Daneben soll aber auch Kanzler Kohls Amerikabild einer näheren Untersuchung unterzogen werden. Zunächst ist es jedoch notwendig, kurz auf die Grundzüge der Politik der USA gegenüber der europäischen Integration und den westlichen Verbündeten nach dem Zweiten Weltkrieg einzugehen.

Die Grundzüge der Politik der USA gegenüber der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg

In den ersten beiden Dekaden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unterstützten die USA die europäische Einigung mit Nachdruck. Dies geschah sowohl zum Nutzen der Europäer als auch zum eigenen Vorteil. Insbesondere mit dem Marshall-Plan von 1947 beabsichtigte Washington, den europäischen Kontinent und nicht zuletzt das völlig am Boden zerstörte (West-)Deutschland durch großzügige finanzielle und materielle Hilfe zu rekonstruieren. Die Truman-Administration war überzeugt, dass nur ein integrierter europäischer Kon-

1 Siehe Detlef FELKEN, *Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953–1959*, Bonn 1992.

2 Vgl. beispielsweise Heinrich BORTFELDT, *Washington-Bonn-Berlin. Die USA und die deutsche Einheit*, Bonn 1993; Robert L. HUTCHINGS, *American diplomacy and the end of the Cold War. An insider's account of U.S. policy in Europe, 1989–1992*, Washington, DC, 1997; Alexander von PLATO, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle*, Berlin 2002.

inent in der Lage sein würde, eine einheitliche Front gegenüber der militärischen und ideologischen Bedrohung aus dem Osten aufzubauen. Nur solch ein Europa würde zudem die Möglichkeit der Rekonziliation der jungen Bundesrepublik Deutschland mit der französischen Siegermacht bieten und womöglich die Entwicklung einer deutsch-französischen Freundschaft erlauben.³

In der Literatur wird daher gerne von der amerikanischen Strategie der „doppelten Eindämmung“ gesprochen.⁴ Die Sowjetunion sollte ökonomisch und ideell durch die europäische Einigung und militärisch durch die 1949 gegründete NATO eingedämmt werden. Die Integration der Bundesrepublik in die westliche Welt mittels der europäischen Einigung (und später dann auch durch die westdeutsche NATO-Mitgliedschaft) sollte es Deutschland unmöglich machen, erneut einen Sonderweg einzuschlagen und hegemonialen Versuchen nachzugeben. Gleichzeitig konnte so dem Wunsch Konrad Adenauers, des ersten Kanzlers der Republik, entsprochen werden, der immer wieder betonte, wie wichtig es sei, die junge Bundesrepublik als gleichberechtigten und souveränen Staat zu behandeln. Nach anfänglichem Zögern unterstützten die USA den Wunsch Adenauers. Man erkannte, dass dies dem neuen Staat Selbstvertrauen und Respekt geben würde, beides notwendige Voraussetzungen, damit die Bundesrepublik sich zu einem konstruktiven westlichen Partner entwickeln konnte.

In Washington ging man davon aus, dass die doppelte Eindämmung der Bundesrepublik und der UdSSR Europa letztlich stabilisieren und langfristig zu einem friedliebenden Kontinent machen würde. Daneben waren die Politiker in der amerikanischen Hauptstadt davon überzeugt, dass die Entwicklung eines friedlichen und demokratischen Europas nur durch wirtschaftlich prosperierende Staaten möglich sein würde. Die Umwandlung des zerstörten Europas in einen wohlhabenden Kontinent schien aber nicht ohne die Schaffung eines einheitlichen Marktes möglich zu sein. Die Lehren von Amerikas eigener Vergangenheit wie auch die föderalistische Struktur der USA dienten als Modell für die Integration Europas und für die Entwicklung eines gemeinsamen Marktes. Dies, so hoffte man in den USA, würde die Entstehung eines öko-

3 Vgl. Klaus SCHWABE, *The United States and European Integration, 1947–1957*, in: Clemens WURM (Hg.), *Western Europe and Germany. The Beginnings of European Integration, 1945–1960*, Oxford 1995, S. 115–135; Michael HOGAN, *The Marshall Plan. America, Britain and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1962*, Cambridge 1987; Clifford HACKETT, *Monnet and the Americans. The Father of a United Europe and his US Supporters*, Washington, DC, 1995.

4 Vgl. die Diskussion in Hans-Jürgen SCHRÖDER, *USA und westdeutscher Wiederaufstieg (1945–1952)*, in: Klaus LARRES/Torsten OPPELLAND (Hg.), *Deutschland und die USA. Geschichte der politischen Beziehungen*, Darmstadt, 1997, S. 106f. Siehe auch Wolfram HANRIEDER, von dem der Ausdruck stammt, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1992*, 2. Aufl., Paderborn 1995.

nomischen Nationalismus verhindern und zu einem wirklich freien und multilateralen transatlantischen ökonomischen System führen. Diese Strategie schien auch den Vorteil zu haben, in absehbarer Zeit die Fortsetzung der enormen materiellen Hilfsleistungen der USA an die meisten westeuropäischen Länder unnötig zu machen.

Insgesamt wurde in Washington damit gerechnet, dass in wenigen Jahren die heilenden Kräfte des Marktes mittels der europäischen Integration ihren Siegeszug auf dem alten Kontinent antreten würden. Die aktive amerikanische Einmischung in die Verhältnisse in Europa und die Lieferung von Hilfsgütern wurden sowohl von der Truman-Administration als auch von der nachfolgenden Eisenhower-Regierung als vorübergehend und zeitlich befristet angesehen.⁵

Die Gründe für Washingtons Unterstützung für die europäische Integrationsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg können daher kaum als ausschließlich altruistisch beurteilt werden. Die europäische Integration wurde stattdessen in Washington als „deus ex machina“ angesehen, mit der die USA die politischen, ökonomischen und indirekt auch die militärischen Probleme der Nachkriegszeit lösen wollten. Denn die wirtschaftliche Erholung des alten Kontinents sollte es den Europäern, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, auch ermöglichen, starke militärische Kräfte aufzubauen und dem westlichen Lager für die Abwehr einer eventuellen sowjetischen Invasion Westeuropas zur Verfügung zu stellen. Ein militärisch wiedererstarktes Europa würde es den USA erlauben, die große Anzahl der in vielen Ländern des Kontinents, nicht zuletzt in Westdeutschland, stationierten amerikanischen Truppen deutlich zu reduzieren. Dies war ein wichtiger Gesichtspunkt. Immerhin war die amerikanische Regierung darauf angewiesen, vom Kongress die Gelder zur Führung des Kalten Krieges bewilligt zu bekommen. Jeder amerikanische Präsident konnte zudem davon ausgehen, dass die Beteiligung der Europäer an den Lasten der amerikanischen Hegemoniepolitik vom Kongress wie auch von der amerikanischen Bevölkerung sehr begrüßt werden würde.⁶

5 Vgl. Federica ROMERO, *US Attitudes towards Integration and Interdependence. The 1950s*, in: Francis H. HELLER/John R. GILLINGHAM (Hg.), *The United States and the Integration of Europe. Legacies of the Postwar Era*, London, 1996, S. 103–121; John KILLICK, *The United States and European Reconstruction, 1945–1960*, Edinburgh 1997, S. 65ff. Ein ausgezeichnete Überblick auch in Klaus SCHWABE, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1989 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*, Paderborn 2006, S. 188ff.

6 Präsident Eisenhower hoffte, dass die USA dann ein wenig entspannen könnten. Die Einheit Europas würde den Frieden der Welt bewahren und letztendlich auch die sowjetischen Satellitenstaaten zum Westen ziehen. Siehe Foreign Relations of the United States (FRUS), 1955–1957, Bd. IV, S. 349, 21. Nov. 1955.

Die Vereinigten Staaten waren überzeugt, dass das ganze überaus komplexe System zur demokratischen Rekonstruktion Europas letztendlich funktionieren würde, da es beiden Seiten große Vorteile brachte. Es konnte daher davon ausgegangen werden, dass beide Seiten Interesse an der erfolgreichen Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Systems haben würden.⁷

Doch die europäische Integration funktionierte nicht so, wie die Politiker in der amerikanischen Hauptstadt sich das vorgestellt hatten. Der einheitliche Markt wurde erst Anfang der neunziger Jahre verwirklicht, also mehr als 40 Jahre später, als die USA sich das gewünscht hatten. Erst der nicht zuletzt unter dem Eindruck der deutschen Vereinigung und unter maßgeblicher Verantwortung von Helmut Kohl und François Mitterrand, dem französischen Ministerpräsidenten, zustande gekommene Maastrichter Vertrag von 1991/92 schuf die Voraussetzungen für einen einheitlichen europäischen Markt und für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU).⁸

In den Dekaden zuvor war es lediglich zu sektoralen Integrationsschüben gekommen, die auch bis in die siebziger Jahre im wesentlichen auf die sechs Gründernationen der Europäischen Gemeinschaft beschränkt geblieben waren. Zudem war die EG lange Zeit eine protektionistische und diskriminierende Wirtschaftsgemeinschaft, die auch nicht davor zurückschreckte, die ökonomische Konkurrenz der USA und des Dollars aus Europa mittels überhöhter Zölle und Exportbeschränkungen herauszuhalten.⁹ Während der fünfziger und auch noch während der sechziger Jahre war Washington durchaus gewillt, dies zu tolerieren. Letztlich, so hoffte man, würde sich die ursprüngliche Vision der USA für die Verwirklichung eines einheitlichen und freien europäischen Marktes doch noch erfüllen. Bis Ende der sechziger Jahre ging es den USA wirtschaftlich noch recht gut. Die ökonomische Diskriminierungspolitik der Europäer konnte daher relativ gut verschmerzt werden; sie war ärgerlich, doch stellte sie für Washington kein ernsthaftes Problem dar. Zudem ging man davon aus, dass die enormen ökonomischen Vorteile, die ein einheitlicher Markt auch den USA bringen würden, letztlich alle anfänglichen Opfer aufwiegen würden.¹⁰

Erst als sich die ökonomische Situation Amerikas seit Ende der sechziger Jahre, nicht zuletzt unter den Belastungen des Vietnamkrieges, deutlich verschlechterte, ergaben sich immer mehr und immer schwerwiegendere transatlantische Handelskonflikte. Diese hatten auch tiefe Auswirkungen auf das po-

7 Vgl. ROMERO (wie Anm. 5), S.103–121; KILLICK (wie Anm. 5), S.65ff.

8 Vgl. Stefan FRÖHLICH, „Auf den Kanzler kommt es an.“ *Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik*, Paderborn 2001, S.187ff.

9 Siehe für die amerikanische Sicht: FRUS 1958–1960, Bd. VII, Teil 1, S. 61–64 (29. Juli 1958), 218–220 (16. Dez. 1959).

10 Vgl. ROMERO (wie Anm. 5), S. 114–118.

litische Vertrauensverhältnis der transatlantischen Partner zueinander, zumal die Europäer, nicht zuletzt die Bundesrepublik, durch das nach wie vor hohe eigene Wirtschaftspotential ein immer größeres Selbstbewusstsein entwickelten. Die sogenannte Ära der Entspannung tat ein übriges. Die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion wurde in den siebziger Jahren von den meisten Europäern als gering empfunden. Gelegentlich wurde gar davon gesprochen, dass der Nuklearschirm der Amerikaner überflüssig geworden sei.¹¹

Die USA waren jedoch immer weniger gewillt, die zunehmende Unabhängigkeit der Europäer von der etablierten amerikanischen Vormachtstellung zu akzeptieren. Das Resultat waren die krisengeschüttelten transatlantischen Beziehungen der siebziger und frühen achtziger Jahre.¹² Es ist vielleicht nicht übertrieben zu behaupten, dass vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der nuklearen Schutzgarantie der USA die Geschichte der transatlantischen Beziehungen, einschließlich der deutsch-amerikanischen Beziehungen, im Grunde die „Geschichte der ständigen Emanzipation der Europäer aus der amerikanischen Hegemonie“ darstellt.¹³

Im deutsch-amerikanischen Verhältnis waren insbesondere die Jahre von 1977 bis 1982, als Jimmy Carter in Washington und Helmut Schmidt in Bonn regierten, sehr schwierig. Beide Politiker und mancher ihrer führenden Mitarbeiter kamen persönlich äußerst schlecht miteinander aus. Zudem handelte es sich um eine krisengeschüttelte Zeit, die von einer ernsten weltweiten Wirtschaftskrise und der zweiten Ölkrise charakterisiert war. Aber auch viele dramatische internationale politische Umwälzungen und Entwicklungen fanden statt (die iranische Revolution beispielsweise; die sowjetische Invasion Afghanistans), die zu zahlreichen öffentlichen Demütigungen der USA führten.¹⁴

Während Carter daher bald zunehmend den Druck der amerikanischen Öffentlichkeit fühlte, die führende Stellung Amerikas in der Welt zu betonen und wiederherzustellen und seine Wirtschaftspolitik in Ordnung zu bringen, erfreute sich Kanzler Schmidt hohem internationalen Ansehen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik beruhte vor 1990 weitgehend auf dem „free rider“-Prinzip und war mit Ausnahme der Ost-West Beziehungen nur selten von den

11 Für eine schnelle Orientierung, vgl. SCHWABE, *Weltmacht und Weltordnung* (wie Anm. 5), S. 295ff.

12 Vgl. Wolfram F. HANRIEDER, *The German-American Connection in the 1970s and 1980s. The Maturing of a Relationship*, in: Carl C. HODGE/Cathal J. NOLAN (Hg.), *Shepherd of Democracy? America and Germany in the Twentieth Century*, Westport, Conn., 1992, S. 105–121.

13 Ernst-Otto CZEMPIEL, zitiert in Friederich MIELKE, *USA und Europa – Partner oder Rivalen? Die Krise der transatlantischen Beziehungen* (Rissener Einblicke), Hamburg 2004, S. 9.

14 Für die bis heute anhaltenden enormen Auswirkungen der iranischen Geiselnahme auf die Psyche und Politik der USA, vgl. Mark BOWDEN, *Guests of the Ayatollah. The First Battle in the West's War with Militant Islam*, London 2006.

großen internationalen Krisen der Zeit direkt betroffen. Zudem florierte die westdeutsche Wirtschaft nach wie vor recht gut, und der selbstbewusste Schmidt fühlte sich des öfteren veranlasst, dem in die Defensive gedrängten Carter gutgemeinte Ratschläge für die Politik der USA zu geben.¹⁵

Ronald Reagans Einzug ins Weiße Haus im Januar 1981 änderte daran nichts. Im Gegenteil. Die Politik des streng anti-kommunistischen Reagan, der anfänglich auf einen Konfrontationskurs gegenüber der Sowjetunion setzte, verschlechterte das Verhältnis zur Bundesrepublik weiter. In Bonn hatten schließlich alle Parteien aus vornehmlich innerdeutschen Gründen großes Interesse an der Fortsetzung der Entspannungspolitik der siebziger Jahre. Anfang der achtziger Jahre, kurz vor der Regierungsübernahme Helmut Kohls, war das deutsch-amerikanische Verhältnis so schlecht wie nie zuvor; lediglich 2002/03, im Zeichen des Irakkrieges, konnte eine noch ernstere Krise in den transatlantischen und deutsch-amerikanischen Beziehungen verzeichnet werden.

Helmut Kohl und Amerika

In seiner ersten Rede als Kanzler am 13. Oktober 1982 beschrieb Kohl sein politisches Programm als eine „Politik der Erneuerung“. Zwar bezog er sich vor allem auf die deutsche Innenpolitik, als er von einer „geistig-moralischen Wende“ sprach, die er herbeiführen wollte, doch der neue Kanzler war auch fest davon überzeugt, die Grundlagen der westdeutschen Außenpolitik erneuern zu müssen. Vor allem hoffte er, die krisengeschüttelte deutsch-amerikanische Freundschaft „stärken“ und „stabilisieren“ zu können. Daher beabsichtigte er, schon wenige Wochen nach Amtsübernahme einen Antrittsbesuch in den USA zu absolvieren.¹⁶

Die gewaltigen – und teilweise auch gewalttätigen Demonstrationen – in der Bundesrepublik gegen die Nachrüstungspolitik des westlichen Bündnisses gleich zu Beginn der Ära Kohl und einer auch von weiten Bevölkerungskreisen geteilten großen Skepsis gegenüber der Politik Ronald Reagans könnten auf einen tiefen westdeutschen Antiamerikanismus hinweisen. Doch die Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren war weit weniger im Grundsätzlichen verankert, als oftmals angenommen wurde. Vielmehr handelte es sich vor allem mehr um eine weitverbreitete Anti-Reagan-Stimmung als um eine tiefe anti-amerikanische Haltung der Westdeutschen.¹⁷

15 Vgl. Klaus WIEGREFFE, *Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 2005.

16 Helmut KOHL, *Erste Regierungserklärung*, 13. Oktober 1982, in: Deutscher Bundestag, Sten. Ber., 9. WP, 121. Sitzung, S. 7213–7229, hier S. 7220ff.

17 Zu den Protesten und Demonstrationen vgl. Helmut KOHL, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 194–197.

Insofern gibt es gewisse Parallelen zwischen der skeptischen bis feindlichen Anti-Bush-Stimmung der Jahre nach dem Irakkrieg von 2002/03 und der Anti-Reagan-Stimmung in der Bundesrepublik in den achtziger Jahren. In beiden Fällen hatte dies recht wenig mit grundsätzlichem Antiamerikanismus, aber sehr viel mit großer Skepsis gegenüber der jeweiligen Administration in Washington zu tun. Durch zeitgenössische Meinungsumfragen lässt sich belegen, dass in fast allen Jahren in den siebziger und achtziger Dekaden die westdeutsche Unterstützung für die NATO und für die amerikanische Truppenpräsenz in Deutschland unverändert groß war. In der Tat war die pro-amerikanische Stimmung in der Bundesrepublik in diesen beiden Dekaden so groß wie in keinem anderen europäischen Land. Lediglich in der Republik Irland gab es eine noch stärkere pro-amerikanische Haltung während dieser Jahre.¹⁸

Trotz der Auseinandersetzungen um die Nachrüstung gleich zu Beginn der Ära Kohl und der großen Bedenken gegenüber der Politik der Präsidenten Carter und Reagan, die die meisten Westdeutschen hegten, waren die Voraussetzungen für den neuen Kanzler, das Verhältnis zu den USA wieder zu bereinigen, daher nicht schlecht. Daneben war es für den neuen und international unerfahrenen Kanzler, der auf innenpolitisch nicht unumstrittene Art und Weise zum Bundeskanzleramt gekommen war,¹⁹ ohnehin ratsam, sich des Wohlwollens und der Unterstützung der westlichen Supermacht zu versichern. Aber im Falle Kohls war dies nicht nur eine politische Taktik. Der neue 52-jährige Kanzler war ein echter und überzeugter Atlantiker, der zutiefst von dem Wert der deutsch-amerikanischen Partnerschaft überzeugt war. Diese Partnerschaft, so glaubte er, war ein Teil der westdeutschen Staatsräson. Immerhin hatte die enge Bindung der Bonner Republik an die USA die Deutschen zu echten Demokraten gemacht und sie wieder allgemein zu respektierten Mitgliedern der internationalen Völkergemeinschaft aufsteigen lassen.²⁰

Gelegentlich ließen sich Kohls Enthusiasmus für den europäischen Integrationsprozess, sein tiefer Patriotismus und seine Überzeugung von den kulturellen Werten der deutschen Nation und von der Notwendigkeit der deutschen Einheit nicht mit seiner pro-amerikanischen Haltung in Übereinstimmung bringen. Doch dies waren Ausnahmen und der Kanzler wusste es meist zu verhindern, dass er sich zu oft oder in einem zu offenen Gegensatz zu Washington befand. Die große Ausnahme war wohl Reagans Bitburg-Besuch des Jahres 1985. Kohl zeigte sich wenig kompromissbereit und bestand ungeachtet

18 Vgl. Geir LUNDESTAD, *The United States and Western Europe since 1945. From „empire“ by invitation to transatlantic drift*, Oxford 2003, S. 222.

19 Vgl. die Ausführungen von Helmut Schmidts Regierungssprecher, Klaus BÖLLING, *Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt. Ein Tagebuch*, Hamburg 1982.

20 Clay CLEMENS, *Kohl's Image of America*, in: Wolfgang-Uwe FRIEDRICH (Hg.), *Germany and America. Essays in Honor of Gerald R. Kleinfeld*, Oxford 2001, S. 180.

der weltweiten Kontroverse über die SS-Gräber auf dem Bitburger Friedhof, den er und der Präsident gemeinsam aufsuchen wollten, recht unnachgiebig auf dem vereinbarten Besuch des Präsidenten.²¹

Aber beispielsweise bei Reagans Verhandlungen mit Michail Gorbatschow über die Reduzierung oder gar Abschaffung der Mittelstreckenraketen Mitte der achtziger Jahre und in den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Kurzstreckenwaffen 1987–89 war es Kohl, der im Gegensatz zur britischen Premierministerin Thatcher und dem französischen Ministerpräsidenten Mitterrand pragmatisch reagierte. Trotz vieler privater Bedenken legte der Kanzler große Kompromissbereitschaft an den Tag und ermutigte Reagan auch, die Verhandlungen mit Moskau aufzunehmen.²² Kohl war im Grunde immer darauf bedacht, eine offene Konfrontation mit Washington zu vermeiden und letztendlich einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss zu erreichen. Falls dies aber nicht möglich schien, war er in der Regel bereit nachzugeben. Die USA-Politik Kohls zeigte damit durchaus eine gewisse Ähnlichkeit mit derjenigen Konrad Adenauers, der bei aller willensstarken Beharrlichkeit doch letztlich bereit war, der westlichen Hegemonialmacht gegenüber klein beizugeben, wenn es sich als notwendig erwies.²³ Doch womöglich hatte Kohl auch aus Helmut Schmidts wenig glücklichem Umgang mit Jimmy Carter Lehren gezogen.

Dabei kannte Helmut Kohl die USA wesentlich weniger gut als Schmidt. Im Grunde war ihm Amerika nur von offiziellen Besuchen bekannt, wobei er meist lediglich die großen Städte und gelegentlich eine der berühmten Universitäten des Landes besuchte. Kohl reiste nie in den USA herum, kannte den Mittleren Westen und andere Landesteile kaum und verbrachte auch nie einen Urlaub in Amerika. Dennoch fand er es nicht schwer, sich auf Amerika einzustellen. Er war selbst in einer Provinzstadt aufgewachsen, und sein eigenes ländliches Selbstverständnis korrespondierte mit dem Selbstverständnis vieler Amerikaner. Es gab etwas Solides, Natürliches und Kumpelhaftes in Amerika, das er mochte. Zugleich waren die USA ein überaus dynamisches, fantasievolles und sehr optimistisches Land, das auf tiefen konservativen Wertvorstellungen beruhte, mit denen er sich leicht identifizieren konnte. Kohls überzeugter Katholizismus half ihm, die tiefe Religiosität und manch moralistische Überzeugungen vieler Amerikaner zu verstehen.²⁴

21 Für KOHLS Sicht vgl. seine *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 348ff. Siehe auch Geoffrey H. HARTMAN, *Bitburg in Moral and Political Perspective*, Bloomington 1986; Theo HALLET, *Umstrittene Versöhnung. Kohl und Reagan in Bitburg 1985*, Erfurt 2005.

22 Vgl. KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 392ff., S. 404ff., S. 635ff.

23 Vgl. die Adenauer-Biographie von Hans-Peter SCHWARZ. Bd. 1: *Adenauer. Der Aufstieg, 1876–1952*. Bd. 2: *Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1986, 1991.

24 Vgl. CLEMENS (wie Anm. 20), S. 179–185.

Helmut Kohl hatte daher keinerlei Verständnis für die anti-amerikanischen Tendenzen der 1968er Protestgeneration. Er hatte noch weniger Verständnis für die linkslastigen, anti-nationalen westdeutschen Intellektuellen späterer Jahre, die seiner Ansicht nach die westdeutsche Medienlandschaft dominierten und seine eigene Regierung lächerlich machten, als inkompetent bezeichneten und den Kanzler als provinziell, der sich gegenüber seinen amerikanischen Freunden nicht durchzusetzen traute.²⁵

Die Rolle von Persönlichkeiten ist in der Politik immer von großer Bedeutung, doch nirgendwo mehr als in den USA. Kohl war sich dessen bewusst, zumal sein eigener Regierungsstil dem vieler amerikanischer Politiker nicht unähnlich war. Das berühmte „System Kohl“ – ein komplexes und sehr weites Netzwerk von politischen Freunden und Bekannten, die sich sehr eng vertrauten, sich gegenseitig stützten und vor allem Kohl gegenüber streng loyal waren – wäre vielen amerikanischen Politikern wohlbekannt vorgekommen.²⁶ Für Kohl bedeutete Politik machen, sich mit Personen auseinandersetzen, sowohl mit Freunden als auch mit Feinden: sie kennenzulernen, ihre Stärken und Schwächen zu realisieren, sie zu beeinflussen und wenn nötig für seine eigenen Ziele verfügbar zu machen. Die amerikanische Politik beruht auf allen Ebenen, von der Lokalpolitik einer Provinzstadt über das Kommitteesystem des Kongresses bis hin zu der Notwendigkeit des Präsidenten, sich auf zahllose ungewählte Berater und Beamte verlassen zu müssen, auf einem ganz ähnlichen Mechanismus. Daher war Helmut Kohls auf den ersten Blick überraschende Fähigkeit, enge Beziehungen zu so unterschiedlichen Präsidenten wie Ronald Reagan, George Bush und Bill Clinton aufzubauen, bei näherem Hinsehen weniger aufsehenerregend. Im Grunde handelte es sich um die erfolgreiche Anwendung des System Kohls auf internationaler Ebene.

Auf allen Ebenen war es zudem schwierig, sich dem Charme und der rheinischen Ausstrahlung des Kanzlers, seinem Humor und seiner Kameraderie und Kumpanei zu entziehen. Zudem hatte Kohl ein eindrucksvolles Gedächtnis (und ein ausführliches Notizbuch), um sich die Namen und persönlichen Interessen und Probleme seiner Gesprächspartner zu merken. Dadurch gelang es ihm immer wieder, einen schnellen Kontakt herzustellen. Dies war ihm nicht nur mit deutschen Politikern möglich, bei denen Kohl in der Regel der hierarchisch höher gestellte und oft auch intellektuell überlegenere, da besser informierte, Gesprächspartner war, sondern auch mit ausländischen Staatsmän-

25 Vgl. KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 38f.; auch Harald MÜLLER und Thomas RISSE KAPPEN, *Origins of Estrangement. The Peace Movement and the Changed Image of America in West Germany*, in: *International Security* 12 (1987), S. 52–88.

26 Vgl. Karl-Rudolf KORTE, *The Art of Power. The ‚Kohl System‘. Leadership and Deutschlandpolitik*, in: Clay CLEMENS/William E. PATERSON (Hg.), *The Kohl Chancellorship*, (Sonderausgabe) *German Politics*, 7/1, April 1998, S. 64–90.

nern und Beratern, einschließlich amerikanischen Präsidenten und ihren Außenministern. Doch bei diesen war Kohl der Juniorpartner, dem insbesondere in den frühen achtziger Jahren, als noch unerfahrener Kanzler, sehr daran gelegen war, sich auf internationalem Parkett als gleichberechtigter Staatsmann behandelt zu sehen. Denn Kohls nicht unangefochtene Stellung in der deutschen Politik und in seiner eigenen Partei vor 1990 konnte womöglich durch eine enge Beziehung zum amerikanischen Präsidenten deutlich gestärkt werden.

Als Kohl in seiner Antrittsrede als Kanzler vor dem Bundestag im Oktober 1982 seine Absicht verkündete, in naher Zukunft die USA besuchen zu wollen, hatte er daher nicht nur das Wohl seines Landes, sondern auch seine eigene politische Zukunft vor Augen. Ein glanzvoller Besuch in Washington und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Präsident Reagan erschienen ihm innen- und außenpolitisch von großem Vorteil zu sein. Kohl beschloss daher, die immer stärkere Friedensbewegung in der Bundesrepublik zu ignorieren (deren Mitglieder ihn ohnehin nie wählen würden) und in seiner Antrittsrede, seine starke Unterstützung für die Sicherheitspolitik Präsident Reagans herauszustellen.²⁷

Kohl zögerte nicht, seine volle und „uneingeschränkte“ Unterstützung für den Nachrüstungsbeschluss der NATO vom Dezember 1979 zu betonen, wie er es auch bereits gegenüber seinem ersten ausländischen Besucher als Kanzler, dem sowjetischen Politiker Michail Solomenzew, getan hatte.²⁸ Kohl erklärte in seiner Antrittsrede vor dem Bundestag, dass er voll und ganz die Absicht des Westens unterstütze, mit der UdSSR in Genf zu verhandeln, um die Aufstellung der neuen Mittelstreckenraketen unnötig zu machen. Sollte Moskau bereit sein, seine auf europäische Großstädte und Militäranlagen ausgerichteten SS-20-Raketen abzubauen, so werde die NATO keine neuen Mittelstreckenraketen stationieren. Weigere sich Moskau allerdings, die bereits seit mehreren Jahren in Stellung gebrachten SS-20 Raketen, mit ihren drei separat abzufeuernenden nuklearen Sprengköpfen abzubauen, so werde der Westen gezwungen sein, 108 Pershing II Raketen in der Bundesrepublik und 464 Cruise missiles in Großbritannien, Italien, Holland und Belgien zu stationieren. Kohl beabsichtigte dem Beschluss der NATO nachzukommen und Ende 1983 mit der Aufstellung der Pershing Raketen zu beginnen, falls die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen scheitern sollten.

Dies war eine couragierte, wenn auch nicht unerwartete Ankündigung, die dem neuen Kanzler jedoch gleich einen großen Vertrauensvorschuss in Washington einbrachte. In späteren Jahren würde Kohl erklären, dass seine Unterstützung und Durchführung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO letzt-

27 KOHL, *Erste Regierungserklärung* (wie Anm. 16).

28 KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 38f.

lich geholfen hätte, die Amerikaner nur sieben Jahre später zu überzeugen, nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989, den Prozess der deutschen Einheit zu unterstützen – ungeachtet des starken Widerstandes aus Moskau, London und Paris.²⁹

Kohl war davon überzeugt, dass der Nachrüstungsbeschluss durchgeführt werden müsste, falls die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf scheiterten, um den sowjetischen Vorsprung bei den Mittelstreckenraketen wettzumachen. Doch angesichts der ersten Spannungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen war sich der Kanzler auch darüber im Klaren, dass es nicht weniger wichtig war, die Reagan-Administration davon zu überzeugen, dass die Bundesrepublik nach wie vor ein loyaler und absolut zuverlässiger Bündnispartner war. Dies versicherte er Reagan auch bereits während eines kurzen Treffens in Moskau am Rande der Begräbnisfeierlichkeiten für Leonid Breschnew am 10. November 1982 und dann wiederholt während seines ersten Amerikabesuches als Kanzler vom 14. bis 16. November.³⁰ Während es Kohl damit gelang, alle sicherheitspolitischen Bedenken der Reagan-Administration gegenüber der Bündnistreue der Bundesrepublik zu zerstreuen, war es ihm kaum möglich, die kühle bis ablehnende Haltung Washingtons gegenüber dem Prozess der europäischen Integration zu beeinflussen.

Ronald Reagan und die europäische Integration in den achtziger Jahren

In seinen Memoiren äußert sich Helmut Kohl sehr lobend über den 40. Präsidenten der USA, den er ungeachtet der schweren Kritik, die in den deutschen Medien an Reagan geübt wurde, als einen Mann „von Format“ bezeichnet und dessen „klaren Blick auf die Weltlage“ er bewundernd hervorhebt.³¹ Da er Reagan bereits als Oppositionsführer in Bonn empfang, als der Präsidentschaftskandidat keinen offiziellen Termin in Helmut Schmidts Kanzleramt erhielt, fühlte Reagan sich ihm verbunden.³² Es mag auch sein, wie Kohl schreibt, dass Reagan große „Interessen und Sympathien für Deutsche, deutsche Geschichte und europäische Kultur hatte“³³, doch machte der Präsident seinen europäischen Verbündeten das Leben nicht einfach. Reagan hatte sich das Ziel gesetzt, die seiner Ansicht nach unter Carter mit Füßen getretene internationale Vormachtstellung der USA voll und uneingeschränkt wieder herzustellen. Dies galt nicht nur für das Verhältnis zur sowjetischen Supermacht. Dies galt auch und insbesondere für die amerikanische Hegemonialstellung

29 Helmut Kohl, Interview mit dem Autor am 20. Mai 2005 in Berlin.

30 KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 62f.

31 EBD. S. 63f.

32 So zumindest KOHL, EBD. S. 138.

33 EBD. S. 138.

in den transatlantischen Beziehungen. Reagan war nicht gewillt hinzunehmen, dass den USA von den Verbündeten auf dem Kopf herumgetanzt wurde, wie er die Resultate der transatlantischen Krisen der letzten Jahre interpretierte.

Die neue Reagan-Regierung ignorierte daher weitgehend die seit den sechziger Jahren stark angewachsene Wirtschaftsmacht und das gestiegene Selbstvertrauen der Europäer. Die Administration bemühte sich auch, die durch die Ära der Entspannung hervorgerufenen Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis und die subtilen Machtverschiebungen innerhalb des westlichen Lagers weitgehend zu negieren. Die transatlantischen Beziehungen der achtziger Jahre wurden daher vor allem von den oftmals divergierenden sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen der westlichen Verbündeten dominiert. Den zahlreichen transatlantischen Krisen lagen nicht zuletzt recht unterschiedliche Auffassungen darüber zugrunde, ob der Kalte Krieg den Westen in seiner Existenz nach wie vor gefährdete oder sich zu einem doch recht harmlosen Konflikt entwickelt hatte.³⁴

Während bis dahin fast alle amerikanischen Präsidenten den Prozess der europäischen Integration zumindest rhetorisch gutgeheißen hatten, machte sich Reagan gar nicht mehr die Mühe, sein Desinteresse an dem europäischen Einigungsprozess zu verbergen. In der Tat, Reagans neue Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion machte es schwierig, wenn nicht unmöglich, das Verhältnis zu den Verbündeten grundsätzlich zu überdenken. Die Rückkehr zu dem traditionellen Kalten Krieg der fünfziger und sechziger Jahre, die die ersten Jahre von Ronald Reagans Amtszeit charakterisierte, bedeutete auch, dass die Administration wie selbstverständlich die Bündnistreue der Alliierten voraussetzte. Washington neigte während dieser Zeit dazu, jede Kritik am außenpolitischen Kurs der Administration überzubewerten und beinahe als Verrat an der westlichen Vormacht zu interpretieren.³⁵

Im Hinblick auf Reagans Politik gegenüber der Sowjetunion ist es sinnvoll, zwischen seiner ersten und zweiten Amtsperiode zu differenzieren. Erst ab etwa 1984/85 begann der Präsident eine kooperationsbereite und weniger unachgiebige Politik gegenüber Gorbatschows UdSSR zu verfolgen. Auch wenn dies dazu beitrug, Washingtons Beziehungen zu den Verbündeten erheblich zu verbessern, erwartete Reagan doch nach wie vor, dass sich die Europäer der hegemonialen Führung der USA widerspruchslos anschließen sollten. Zu Beginn seiner Präsidentschaft sprach Reagan beispielsweise davon,

34 Vgl. Coral BELL, *The Reagan Paradox. US Foreign Policy in the 1980s*, New Brunswick, NJ, 1989; Michael JOCHUM, *Der Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses und die Verschärfung der Wirtschafts- und Währungskrisen (1981–1989)*, in: LARRES/OPPELAND (wie Anm. 4), S. 204ff.

35 Vgl. Geir LUNDESTAD, *The United States and Western Europe under Ronald Reagan*, in: David E. KYVIG (Hg.), *Reagan and the World*, New York 1990, S. 47–62.

dass er es sich durchaus vorstellen könne, mit der UdSSR in einen nuklearen Schlagabtausch zu treten. Eine solche Auseinandersetzung hätte natürlich vornehmlich über Europa stattgefunden und den größten Teil des Kontinents zerstört. Eine ähnliche Bereitwilligkeit, sich von europäischen Sicherheitsinteressen zu distanzieren, betraf die Entwicklung der *Strategic Defence Initiative* (SDI). Falls sich dieses Projekt je in seiner ursprünglichen Form hätte verwirklichen lassen, dann wären die USA immun vor nuklearen sowjetischen Angriffen gewesen, während den Europäern aller Voraussicht nach ein solcher Schutz nicht zur Verfügung gestanden hätte. Konsultationen darüber fanden nur nach Protesten der Europäer und dann auch nur zögerlich statt.

Reagans Verhandlungen mit dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow während des Gipfeltreffens in Reykjavik im Oktober 1986 hätte beinahe zur Abschaffung aller ballistischen Waffensysteme in Ost und West geführt. Obwohl eine solche Entwicklung die Zukunft des europäischen Kontinents ganz entscheidend beeinflusst hätte, hielt Reagan es nicht für notwendig, die europäischen Verbündeten zuvor zu konsultieren. Im Gegenzug vereinbarten daher Kohl und Mitterrand nicht nur in wirtschaftspolitischen, sondern auch in sicherheitspolitischen Belangen eng zu kooperieren.³⁶ Auch Reagans und Gorbatschows sogenanntes doppeltes Nullabkommen von 1987/88, welches die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen aus Europa vorsah, und Reagans Vorschlag von 1988, die Kurzstreckenraketen der NATO vom Typ Lance zu modernisieren, wurden ohne Konsultationen mit den Europäern beschlossen. Da gerade die Lance-Raketen vor allem auf westdeutschem Gebiet stationiert waren und nur deutsches Territorium erreichen konnten, war Helmut Kohl über Reagans unterlassene Konsultation zutiefst verärgert.³⁷

Das Desinteresse der Reagan-Administration an der Konsultation der Europäer wird auch auf wirtschaftlichem Gebiet deutlich. Der zunehmende Handel der EG und insbesondere derjenige Westdeutschlands und Frankreichs mit der DDR, der UdSSR und anderen osteuropäischen Ländern, aber auch mit vielen Entwicklungsländern und der arabischen Welt wurde in Washington mit großer Skepsis und einer Portion Neid gesehen. Die Administration versuchte die wirtschaftspolitische Konkurrenz der EG-Länder einzuschränken und scheute sich auch nicht, die Notwendigkeit einer restriktiven westlichen Handelspolitik gegenüber dem Osten, die unbedingt eingehalten werden müs-

36 Vgl. BELL (wie Anm. 34), S. 27ff.; LUNDESTAD (wie Anm. 35), S.48ff., Miles KAHLER, *The United States and Western Europe. The Diplomatic Consequences of Mr. Reagan*, in: Kenneth A. OYE u. a. (Hg.), *Eagle Defiant. United States Foreign Policy in the 1980s*, Boston 1983, S. 276–289, 290ff.; KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 442.

37 Vgl. Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 581ff.; HANRIEDER (wie Anm. 4), S. 364–366; Michael BROER, *Die nuklearen Kurzstreckenwaffen in Europa. Eine Analyse des deutsch-amerikanischen Streits über die Einbeziehung der SRINF in den INF-Vertrag und der SNF-Kontroverse*, Frankfurt/M. 1993.

se, mit der transatlantischen Sicherheitspolitik zu erklären. Dies führte auf europäischer Seite immer wieder zu großen Missstimmungen.³⁸ Bei den Amerikanern war es dagegen vor allem und nicht ganz zu Unrecht die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäer (CAP), die allergrößte Kritik in Washington hervorrief.³⁹

Wie üblich bei ernststen Konflikten mit den USA während der Krisen der achtziger Jahren, war die EG jedoch bereit, sich immer wieder auf Kompromisse einzulassen. Immerhin war die transatlantische Allianz und insbesondere das NATO-Bündnis im neuentflammten Kalten Krieg von großer Wichtigkeit für den Schutz der Allianz. Zudem trug Reagans enge Verbindung zu der britischen Premierministerin Margaret Thatcher – die wie der Präsident keinerlei Interesse an einer gemeinsamen Politik der Europäer gegenüber den USA und an weiteren Fortschritten bei dem europäischen Integrationsprozess hatte – dazu bei, eine gemeinsame Linie der EG-Länder unmöglich zu machen. Es war daher keine große Überraschung, dass, nachdem im November 1983 die Genfer Nachrüstungsverhandlungen mit Moskau gescheitert waren, sich fast alle EG-Länder bereit fanden, die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium zu stationieren und die heftigen Proteste aus der Bevölkerung zu ignorieren. Von manchen europäischen Regierungen wurde die Raketenstationierung sogar erleichtert als Anzeichen interpretiert, dass die Reagan-Administration wohl doch nicht die Absicht habe, sich allmählich von Europa loszulösen. Die Regierung Kohl/Genscher war jedoch ohnehin nicht davon ausgegangen, dass die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen Erfolg haben würden und zögerte jetzt nicht, nach einem entsprechenden Parlamentsbeschluss umgehend mit der Verwirklichung des Doppelbeschlusses zu beginnen.⁴⁰

Während auf sicherheitspolitischem Gebiet die europäischen Regierungen letztlich keine andere Möglichkeit sahen, als sich den Wünschen der USA, wenn sie nur hart genug vertreten wurden, unterzuordnen, war dies auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet viel seltener der Fall. Hier waren die EG-Länder in der Regel sehr viel weniger geneigt nachzugeben. Das galt auch für die Kohl-Regierung in Bonn. Insbesondere wurde die als „Reagonomics“ bezeichnete neoliberale Wirtschaftspolitik des Präsidenten in Bonn wie auch in den meisten anderen europäischen Ländern mit großem Misstrauen und unter Fachleuten mit Kopfschütteln betrachtet. Lediglich die Thatcher-Regierung

38 Vgl. Manfred KNAPP, *Das Dilemma der europäischen NATO-Staaten zwischen ökonomischem Machtzuwachs und sicherheitspolitischer Abhängigkeit*, in: Christian HACKE/Manfred KNAPP (Hg.), *Friedenssicherung und Rüstungskontrolle in Europa*, Köln 1989, S. 95–111.

39 LUNDESTAD (wie Anm. 35), S. 50ff.

40 Vgl. Theodor BENIEN, *Der SDI-Entscheidungsprozeß in der Regierung Kohl/Genscher 1983–1986*, München 1992.

in London brachte der durch den Ökonomen Milton Friedman stark beeinflussten Wirtschaftspolitik Reagans Verständnis entgegen und begann sie gar in entscheidenden Bereichen zu imitieren. Die Reagan-Administration vertraute auf eine Strategie, die einen Laissez-faire-Kurs, strikte Geldkontrolle und fast völlige wirtschaftspolitische Passivität der Regierung bevorzugte. Lediglich die Rüstungsindustrie genoss eine großzügige finanzielle Unterstützung der US-Regierung.⁴¹

Insgesamt setzte der Präsident darauf, dass die Kräfte des freien und uneingeschränkten Marktes die Wirtschaft ankurbeln würden. Diese manchmal auch als „trickle down“-Ökonomie bezeichnete Strategie führte zu ernsthaften wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen den USA und den meisten EG-Ländern. Reagans Steuersenkungen und die gleichzeitigen durch Kreditaufnahme finanzierten hohen Investitionen in die Rüstungsindustrie führten zu einem enormen amerikanischen Haushaltsdefizit. Der Wert des Dollars stieg rapide an, während das Zinsniveau künstlich hoch gehalten wurde, damit die Regierung in der Lage war, billige Auslandsanleihen kaufen zu können. Seit 1984 führte dies zu einem sehr hohen amerikanischen Handelsdefizit. Dies bedeutete, dass die europäischen Regierungen ebenfalls ein hohes Zinsniveau einhalten mussten, um zu verhindern, dass zu viel Investitions- und Sparkapital von der EG in die USA abfließen. Dies führte jedoch zu einer deutlichen Einschränkung des Wirtschaftswachstums der meisten europäischen Länder.⁴²

Im Grunde zeigte Reagans Wirtschafts- und Finanzpolitik erneut, dass die EG gegenüber unilateralen amerikanischen Entscheidungen völlig hilflos war und nicht umhin konnte, auf den in Washington beschlossenen Kurs einzugehen. Die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaftspolitik von Entscheidungen einer wenig verständnisvollen US-Administration, führte dazu, dass sich die EG-Länder entschlossen, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik enger miteinander zu kooperieren. Solche Versuche hatte es zwar auch schon in der Vergangenheit gegeben, doch dieses Mal wurden die inner-europäischen Kooperations- und Einheitsbemühungen erheblich energischer durchgeführt.⁴³

Die von Jacques Delors angeführte EG-Kommission begann damit einen Plan für einen einheitlichen europäischen Markt zu entwickeln, um die EG von der Dominanz der USA über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EG-

41 Vgl. Benjamin J. COHEN, „An Explosion in the Kitchen?“ *Economic Relations with Other Advanced States*, in: Kenneth A. OYE (wie Anm. 36), S. 113ff.; Michael KREILE, *Aufschwung und Risiko. Die Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Reagan-Administration*, in: Hartmut WASSER (Hg.), *Die Ära Reagan. Eine erste Bilanz*, Stuttgart 1988, S. 162–184; Anandi P. SAKU/Ronald L. TRACY (Hg.), *The Economic Legacy of the Reagan Years. Euphoria or Chaos*, New York 1991.

42 EBD.

43 Vgl. beispielsweise John PETERSON, *Europe and America in the 1990s: The Prospects for Partnership*, Aldershot 1993, S. 45; FRÖHLICH (wie Anm. 8), S.198ff.

Länder zu befreien. Delors hatte die dann auch realisierte Absicht, bis 1992 einen völlig freien und integrierten, internen europäischen Markt zu schaffen. Auch beabsichtigte er, kurz darauf eine einheitliche Währung einzuführen. Daneben führte die 1984 von Frankreich betriebene, allerdings recht kurzlebige, Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) dazu, dass neue Ideen für die Schaffung einer einheitlichen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt wurden, wie sie später im Maastrichter Vertrag formuliert wurden.⁴⁴

Immerhin schienen Amerikas in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten, die dann durch einen rapiden Verfall des Werts des Dollars noch verschärft wurden, darauf hinzuweisen, dass Washington durchaus bald finanzielle Probleme bei der Aufrechterhaltung seiner Truppenpräsenz in Europa haben mochte. Ein Rückzug der US-Truppen konnte also nicht mehr ausgeschlossen werden. Die Verhandlungen zwischen Reagan und Gorbatschow, die zum Ende des Kalten Krieges führen sollten, ließen dies auch aus politischen Gründen als durchaus realistisch erscheinen. Zumindest konnte mit weiteren transatlantischen Konflikten über die Kosten der US-Truppenpräsenz in Europa gerechnet werden. Die Kohl-Regierung zögerte dennoch anfänglich, der westeuropäischen Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet eine zu hohe Priorität einzuräumen. Für Kohl stand die „transatlantische Solidarität“ immer an erster Stelle. Während seiner ganzen sechzehnjährigen Kanzlerschaft legte er großen Wert darauf, den USA westdeutsche Verlässlichkeit und Bündnistreue zu demonstrieren.⁴⁵ Auch Kohls in den Jahren von 1985 bis 1989 zu beobachtendes Zögern und scheinbare Ambivalenz hinsichtlich der Europäischen Währungsunion hatten nicht nur innenpolitische Gründe, wie oftmals in der Literatur dargelegt, sondern er nahm auch Rücksicht auf die Bedenken der USA. Grundsätzlich war Kohl immer ein Befürworter der EWU, doch die Vereinigten Staaten mussten für das wichtige Projekt gewonnen werden und es aus der Ferne unterstützen, sollte es langfristig erfolgreich sein.⁴⁶

Insgesamt betrachtete die Reagan-Administration die europäischen Bemühungen zur Schaffung eines ökonomisch, politisch und sicherheitspolitisch integrierten und zunehmend unabhängigen Europas mit großem Misstrauen. Ungeachtet der eigenen amerikanischen protektionistischen und auch diskrimi-

44 Vgl. Wyn G. REES, *The Western European Union at the Crossroads. Between Transatlantic Solidarity and European Integration*, Boulder 1998; Alfred CAHEN, *The Western European Union and NATO. Building a European defence identity within the context of Atlantic solidarity*, London 1989.

45 Vgl. FRÖHLICH (wie Anm. 8), S. 205ff., Zitat: S. 206.

46 Zu Kohls Zögern aus innenpolitischen und finanzpolitischen Gründen vgl. Kenneth DY-SON, *Chancellor Kohl as Strategic Leader. The Case of Economic and Monetary Union*, in: CLEMENS/PATERSON (wie Anm. 26), S. 37ff.

nierenden Handelsstrategien scheute Reagan sich nicht, den seiner Ansicht nach beabsichtigten Bau einer „Festung Europa“ anzuprangern und insbesondere nach wie vor die Agrarpolitik der EG scharf zu verurteilen. Am Ende der Präsidentschaft Ronald Reagans war kaum noch etwas übrig von der ursprünglichen pro-europäischen Vision der USA für die Schaffung eines einheitlichen Europas, die die Europapolitik der Vereinigten Staaten in den fünfziger und auch noch in den sechziger Jahren bestimmt hatte. Die USA waren unter Reagan nicht in der Lage gewesen, sich an die Interdependenz der Welt der achtziger Jahre anzupassen und die europäischen Verbündeten wie gleichberechtigte Partner zu behandeln. Während die Reagan-Administration 1984/85 eine recht erfolgreiche Bestandsaufnahme ihrer Kalten-Kriegs-Strategie durchführte, machte sie sich wenig Mühe, die amerikanisch-europäischen Beziehungen einer kritischen Bewertung zu unterziehen. Die Reagan-Administration konnte sich nie dazu durchringen, die europäischen Verbündeten, einschließlich des loyalen westdeutschen Partners, als gleichrangig zu behandeln.

1989/90: die Rückkehr zur europapolitischen Vision der USA unter George Bush

Die transatlantischen Beziehungen verbesserten sich erst wieder erheblich, nachdem im Januar 1989 Reagans Vizepräsident George Herbert Walker Bush Präsident geworden war. Bush ließ sich von Anfang an weniger auf die finanz- und sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen des politischen Alltags ein. Stattdessen kümmerte er sich mehr um die Struktur der transatlantischen Beziehungen.⁴⁷ Spätestens Ende 1989, Anfang 1990 wurde Bush bewusst, dass Fortschritte bei der europäischen Integration, der transatlantischen Interdependenz sowie auch die Durchführung der deutschen Einheit unvermeidbar waren, sollte das westliche Bündnis zusammengehalten werden. Die Bush-Administration begann daher, auf einen Kurs einzuschwenken, der nicht nur die neuen politischen Realitäten zu akzeptieren begann, sondern diese auch aktiv beeinflussen und bestimmen wollte.⁴⁸ Dies wurde dadurch vereinfacht, dass die USA Anfang 1990 einen Handelsüberschuss mit der EG erzielten. Zudem war es auch möglich gewesen, zahlreiche transatlantische Kompromisse hinsichtlich des einheitlichen europäischen Marktes zu schließen. Bush fürchtete zudem, dass nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Fall des Kommunismus im Osten Europas, die osteuropäischen Staaten die westliche Welt um finan-

47 Vgl. Geir LUNDESTAD, „*Empire*“ by Integration. *The United States and European Integration, 1945–1997*, Oxford 1998, S. 111–116. Siehe auch den Sammelband von Helga HAFTENDORN/Christian TUSCHHOFF (Hg.), *America and Europe in an Era of Change*, Boulder, CO., 1993.

48 Vgl. Philip ZELIKOW/Condoleezza RICE, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge, MA, 1995.

zielle Unterstützung bitten würden. Die USA waren aber nicht mehr in der Lage, einen Marshall-Plan für Osteuropa aufzulegen. Hier hoffte man in Washington auf die aktive finanzielle Unterstützung Westeuropas. Im November 1990 wurde eine „Transatlantische Erklärung“ unterzeichnet, um die Beziehungen zwischen den USA und der EG zu stärken. Die Bush-Administration beabsichtigte auf diese Weise, die Schaffung eines „vereinigten Europas mit stärkeren und formelleren Beziehungen zu den USA“ herbeizuführen.⁴⁹ Die Bush-Regierung hatte sich den ursprünglichen europapolitischen Visionen Trumans und Eisenhowers angenähert.

Bis Ende 1990 konnte Präsident Bush im wesentlichen sicherstellen, dass der sich beschleunigende Prozess der europäischen Integration in einem atlantischen Rahmen stattfinden würde und keine europäische Abkoppelung von den USA zu befürchten war. Dieser Erfolg der amerikanischen Politik wäre Bush kaum möglich gewesen, wenn sich die USA nicht an die Spitze des europäischen Einheitsprozesses und des Prozesses der deutschen Vereinigung gesetzt hätten. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Ronald Reagan hatte George Bush die Zeichen der Zeit erkannt. In dem deutschen Bundeskanzler fand er einen willigen und nicht völlig uneigennütigen Helfer bei der Aufgabe, das westliche Bündnis zusammenzuhalten und den USA nach wie vor eine wichtige Rolle in Europa einzuräumen.

49 Vgl. LUNDESTAD, „*Empire*“ by *Integration* (wie Anm. 47), S. 114.